

NEIN ZUR EXTREMEN INITIATIVE DER GRÜNEN

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei verpflichtet die Schweiz, ihren Energie- und Rohstoffverbrauch bis ins Jahr 2050 um mehr als 65 Prozent zu reduzieren.

STEIGENDE PREISE UND ZWANGSMASSNAHMEN

Dieses radikale Ziel ist nur zu erreichen, wenn einschneidende Konsum- oder Produktionsbeschränkungen, neue Vorschriften und hohe Umweltabgaben eingeführt werden. All diese Zwangsmassnahmen verteuern zahlreiche Produkte und Dienstleistungen massiv.

KONSUMENTEN UND UNTERNEHMEN BETROFFEN

Die grüne Diktatur zwingt alle Schweizer dazu, den eigenen Lebensstil anzupassen. Die Initiative ist ein Angriff auf unsere persönliche Freiheit und auf unser Portemonnaie. Die Unternehmen verlieren an Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Hohe Kosten und bürokratische Auflagen torpedieren den Werkplatz Schweiz und gefährden Arbeitsplätze und Wohlstand.



«Die Initiative ist ungerecht, weil sie das Budget von Familien und Mittelstand besonders stark belastet.»

BABETTE SIGG FRANK
Präsidentin Schweizerisches
Konsumentenforum

NEIN ZUM TEUREN GRÜNEN ZWANG

IN KÜRZE

NEIN ZUR GRÜNEN ZWANGS-INITIATIVE

Die Initiative zwingt die Bürger zur Änderung ihres gewohnten Lebensstils. Jeder muss sein Essverhalten ändern, seine eigene Mobilität einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Konsumenten werden durch radikale Zwangsmassnahmen und Steuern bevormundet.

NEIN ZU HÖHEREN PREISEN

Betroffen sind: Fleisch, Milchprodukte und importierte Waren wie Kaffee und Zitrusfrüchte, aber auch Benzin, Diesel und Heizöl. Ferien am Meer oder grosszügige Wohnungen werden für den Mittelstand unbezahlbar. Es entsteht eine neue, ungerechte Zweiklassengesellschaft.

NEIN ZUR EXTREMEN INITIATIVE

Eine Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs um mindestens 65 Prozent ist radikal. Kein anderes Land kennt derart extreme Vorschriften. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet die Schweiz ab, schafft neue Handelshemmnisse und gefährdet Freihandelsabkommen. Der Einkaufstourismus ins nahe gelegene Ausland wird weiter sprunghaft zunehmen. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

WIR BRAUCHEN SIE!

Auch ein kleines Zeichen kann
Grosses bewirken. Machen Sie mit!
Tragen Sie sich ein:



WWW.GRUENER-ZWANG.CH

TEURER GRÜNER ZWANG

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

Abstimmung vom
25. September 2016

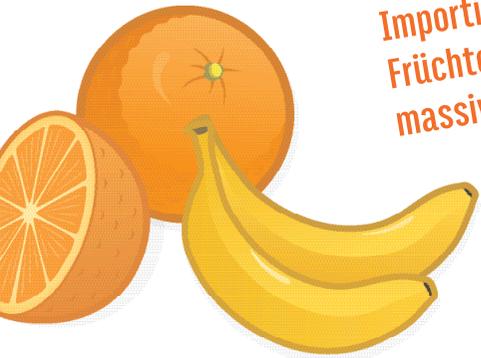
NEIN

ZUR INITIATIVE GRÜNE WIRTSCHAFT

NEIN ZU EXTREMER BEVORMUNDUNG

Die Grünen wollen uns vorschreiben, wie wir uns zu ernähren haben. Fleisch, Fisch und Milchprodukte sollen grösstenteils von unserem Teller verschwinden. Denn diese Lebensmittel verbrauchen überdurchschnittlich viele Ressourcen in der Produktion. Betroffen sind auch Importwaren aus Amerika, Asien und Afrika (Zitrusfrüchte, Kaffee usw.). Die grüne Diktatur erzwingt eine radikale Umstellung unserer Speisekarte.

Auch Vegetarier sind betroffen: Importierte Früchte werden massiv teurer.



Breite Allianz sagt NEIN

Bundesrat und Parlament sprechen sich gegen die extreme Initiative aus. Die Vertreter von CVP, FDP, SVP und BDP sagen klar NEIN.

Auch Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft, Hauseigentümer, Automobilisten, Hotels, Restaurants und Freizeitveranstalter sowie das Konsumentenforum lehnen die Initiative ab.

NEIN ZU MASSIVEN PREISERHÖHUNGEN

Die Initiative will das Rad der Zeit zurückdrehen und die Mobilität stark einschränken – mit hohen Lenkungsabgaben und radikalen Zwangsmassnahmen. Besonders betroffen sind Auto- und Motorradfahrer. Denn Benzin, Diesel und Strom werden teurer. Doch auch der öffentliche Verkehr bleibt nicht verschont, da die Anzahl Fahrten reduziert werden muss. Zudem sind Reisen ab Schweizer Flughäfen für den Mittelstand nicht mehr finanzierbar.



« Die Initiative erhöht unweigerlich die Preise von Hotels, Restaurants sowie von diversen Kultur- und Freizeitveranstaltungen. Bei bereits hohen Kosten wird die Wettbewerbsfähigkeit dadurch weiter geschwächt. »

ANDREAS ZÜLLIG
Präsident hotelleriesuisse

NEIN ZUM GRÜNEN DIKTAT IM ALLTAG

Viele Errungenschaften erleichtern uns den Alltag. Wir profitieren von einem hohen Wohnkomfort. Aber Heizen, Kochen, Waschen, Körperhygiene und die Nutzung technischer Geräte (Unterhaltungselektronik, Küchengeräte, Rasenmäher usw.) brauchen viel Energie. Eine erzwungene Reduktion um mehr als 65 Prozent bleibt deshalb nicht ohne persönliche Folgen. Alltägliche Tätigkeiten geraten in den Fokus von harten Umerziehungsmassnahmen, die uns Verhaltensänderungen aufzwingen. Verordnete Umbauten und teure Sanierungen erhöhen die Kosten für Mieter und Hauseigentümer.

Heute freiwillig, morgen Vorschrift: Der WWF empfiehlt schon jetzt teilweise eine Zimmertemperatur von ungemütlichen 15 Grad.

Die radikale Initiative zwingt uns alle, unseren Energie- und Rohstoffverbrauch um mehr als zwei Drittel einzuschränken.

